

Protokoll über die Sondersitzung des Beirates für Partizipation und Integration vom 12.03.2024 in der alten Kantine im Rathaus Kreuzberg

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 1: Protokollkontrolle über die Sitzung vom 16.01.2024

Das Sitzungsprotokoll vom 16.01.2024 wird in der vorliegenden Form angenommen.

TOP 2: Bericht aus dem Bezirksamt

Entfällt

TOP 4 Berichte aus den Arbeitsgruppen (vorgezogen)

AG Bildung

Am 20.02.2024 fand das erste Treffen der AG. Ein wichtiges Anliegen, bei dem dringender Handlungsbedarf besteht, sind die aktuellen Kürzungen im Bereich der Integrationsprojekte, die in erster Linie Migrant*innen betreffen. Da Bildung ein sehr umfassender Bereich ist, hat sich die AG Bildung darauf geeinigt, die Arbeit im Rahmen der AG auf bestimmte Themen zu beschränken. Folgende Themen wurden als wichtig erachtet:

- Berufliche Bildung, Weiterbildung und Erwachsenenbildung
- Ausbildung
- Kita und Schule
- Förderung der Mehrsprachigkeit / Erstsprachenunterricht

Eine Zusammenarbeit mit anderen Berliner Bezirksbeiräten zu den Themen wird angestrebt. Das nächste Treffen der AG Bildung findet am 16. April 2024 statt.

AG internes

Am 26.02.2024 fand das erste Treffen der AG statt. Die Teilnehmende haben den §19 PartMigG hinsichtlich der Beteiligung des Beirates, Zusammensetzung des Beirats sowie der Teilnahme des zuständigen Bezirksamtsmitglieds näher angeschaut. Unter anderem hat die AG beschlossen, sich vor allem folgenden Themen zu widmen:

- Wahlordnung

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

- Geschäftsordnung
- Workshop zum PartMigG - Dabei wird eine mögliche Strategieentwicklung (u.a. Zusammensetzung des Beirates, Handlungsrahmen, Möglichkeiten der Kommunikation) mitgedacht.
- Antragsrecht des Beirates im Rahmen der BVV

Die AG wird alle zwei Monate tagen. Das nächste Treffen findet am Donnerstag, 25.4.24 von 16:00 bis 18:00 im Rathaus Yorkstr. statt.

AG Aktion

Am 28.02.2024 fand ein Austausch mit dem Bündnis Hand in Hand statt. Folgende gemeinsame öffentliche Kampagne im Rahmen des internationalen Tages gegen Rassismus wurde besprochen:

Am Tag gegen Rassismus, am 21.03.2024, wird eine bundesweite Aktion organisiert. Im Rahmen dieser Aktion wird ein Layout bereitgestellt, das mit dem Satz „Wenn Menschenrechte für alle gelten würden...“ individuell ergänzt werden kann. Vertreter*innen des Beirates sind eingeladen, sich dieser Initiative anzuschließen, indem Sie ein Bild von sich mit dem ausgefüllten Layout machen und es an die Geschäftsstelle senden. Die eingereichten Bilder werden dann auf der Webseite des Beirates veröffentlicht.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr unter dem Motto “Menschenrechte für alle” statt. In diesem Rahmen werden viele Veranstaltungen organisiert. Eine Auflistung wird ebenfalls auf der Webseite des Partizipationsbüros veröffentlicht.

AG Öffentlichkeitsarbeit

Die AG hat bis jetzt nicht getagt. Der Beirat beauftragt die Arbeitsgruppe ein Logo für den Beirat für Partizipation und Integration zu gestalten. Orientierung soll die vorhandene Postkarte geben. Die Vorlage wird von der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Die AG wird einen Entwurf für das Logo erstellen und dem Beirat ihre Ergebnisse vorstellen.

TOP 3: Bericht aus dem Partizipationsbüro

Partizipationsbeauftragte Sahra Nell berichtet zu folgenden Themen:

Denkmal für Opfer von Rassismus und Polizeigewalt am Oranienplatz

Frau Nell berichtet darüber, dass im Rahmen der Hanau-Gedenkveranstaltung am Oranienplatz am 19.02.2024 sichtbare Beschädigungen als Folge der Entfernung und der späteren Wiedereinsetzung des Denkmals thematisiert wurden. Es findet eine kurze Diskussion statt. Ergebnis: Der Beirat beauftragt den Vorstand eine Anfrage hinsichtlich der Beseitigung der Beschädigungen an das Bezirksamt zu richten.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

Bundesprogramm Demokratie leben

Die Teilbewilligung im Rahmen der Förderung aus dem Programm Demokratie leben, die bis zum 31.03.2024 gültig war, wurde nun bis zum 31.12.2024 für beide Partnerschaften verlängert. Somit beträgt die Gesamtförderung im Jahr 2024 bis zu 177.778 € je Partnerschaft für Demokratie.

In der Sitzung des Ausschusses für Diversity und Antidiskriminierung (DivAN) vom 06.03.2024 wurde die Beteiligung des Bezirkes am Bundesprogramm Demokratie leben in der kommenden Förderperiode 2025-2029 aufgrund von fehlenden Personalressourcen infrage gestellt.

Das Partizipationsbüro ist aktuell mit insgesamt sechs Stellen besetzt, davon ist eine Stelle seit Anfang Februar 2024 bis Ende 2024 befristet, eine Stelle längerfristig ohne Personalressourcen vor Ort, eine Stelle für den Bereich Inklusion. Es bleiben die Beauftragtenstelle sowie die Geschäftsstelle und die Stelle der Geflüchteten-Koordination. Alle Stellen sind ohne Demokratie Leben vollkommen ausgelastet.

Gemäß den Vorgaben des Bundesministeriums ist festgelegt, dass die Kommune mind. 0,5 VZÄ pro Partnerschaft für die interne Koordination (federführendes Amt) bereitstellen muss. Das Partizipationsbüro verfügt nicht über Ressourcen, um diese Anforderung zu erfüllen. Bisher wurden die fehlenden Ressourcen durch die Zuweisung von Arbeitsanteilen verschiedener vorhandener Stellen wie Geschäftsstelle der Partizipationsbeauftragten und Leitung des Partizipationsbüros ausgeglichen. Es wird jedoch betont, dass diese Praxis als langfristige Lösung nicht geeignet und in der Form nicht realisierbar ist.

Der Beirat diskutiert ausführlich über die Bedeutung der Beteiligung des Bezirkes am Bundesprogramm. Eine potenzielle Einstellung der finanziellen Unterstützung könnte schwerwiegende Folgen haben, insbesondere angesichts der aktuellen politischen Lage, der menschenfeindlichen Übergriffe und des zunehmenden Anstiegs von Rechtsextremismus. Der Beirat beschließt, einen Appell an die BVV bezüglich entsprechender Personalressourcen zur Sicherstellung der Beteiligung des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg am Bundesprogramm Demokratie leben in der kommenden Förderperiode zu verfassen/ senden.

Integrationsfonds 2024

Das Partizipationsbüro kann bei Bedarf nur eine Übersicht von Projekten zur Verfügung stellen, die bereits eine Förderzustimmung erhalten haben. Grund dafür ist, dass teilweise noch Prüfungen in Arbeit sind. In 2024 stehen insgesamt weniger Mittel zur Verfügung als im Vorjahr. Der Wunsch des politischen Bezirksamtes war es, Projekte von 2023 weiter zu fördern, wenn die Kriterien mit neuen Förderkriterien übereinstimmen.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

Da die Mittel neuerdings nicht nur an das Gesamtkonzept für Geflüchtete, sondern an das PartMigG gebunden sind, gibt es neue Kriterien im Kontext Flucht und Migration. Gemäß PartMigG gehört zu den Aufgaben der Partizipationsbeauftragten u.a. Stärkung der Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) - d.h. dass bei der Mittelvergabe sowohl die Zielgruppe (Migrant*innen und Geflüchtete) als auch die ausführenden Organisationen (MSO) berücksichtigt werden müssen. Die im 2023 geförderten Projekte, werden auf die Förderfähigkeit im 2024 geprüft (Übereinstimmung mit neuen Förderkriterien). Eine Förderzusage für Projekte aus dem Bereich der Jugendförderung wurde vorübergehend eingestellt. Dies erfolgte aufgrund der fehlenden Übermittlung von Informationen seitens der Jugendförderung bezüglich angewendeter Verfahren und Kriterien hinsichtlich der Entscheidung für oder gegen eine Projektweiterförderung aus 2023.

Die nächste Beiratssitzung findet am 14. Mai 2024 um 17 Uhr im BVV Saal des Rathauses Kreuzberg in der Yorckstraße 4 - 11 in 10965 Berlin statt.